

Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Akademie Verlag, Berlin 1997, 480 S., geb., 78 DM.

Analysen der dem politischen Entscheidungsprozess zugrunde liegenden Diskussionen und Streitigkeiten im Führungszirkel der SED liegen nur in Ansätzen für einzelne Teilbereiche und Zeitabschnitte vor. Seit 1990 konnten die internen Fraktionskämpfe teilweise durch Quellendokumentationen transparenter gemacht werden, die allerdings jegliche editorischen Standards vermissen lassen. Die nicht abreißende Flut von Erinnerungen ehemaliger Funktionsträger ermöglichte zwar Einblicke in die Denkstrukturen der Machtausübenden, brachte aber bei der Aufhellung der eigentlichen Entscheidungshintergründe wenig Fortschritte. Im Hinblick auf die Quellenlage erweist es sich also noch immer als schwierig, politische Frontstellungen und innerparteiliche Konflikte und Auseinandersetzungen in der engeren Führung der SED, dem Politbüro, zu rekonstruieren. Im Zentralkomitee schimmerte zwar in den 1940er und 1950er Jahren mitunter ein Dissens auf; echte politische Kontroversen fanden in diesem Gremium faktisch jedoch nicht statt. Kaiser gelang nun für die 1960er Jahre dank eines weitaus besseren Zugriffes auf Primärquellen eine äußerst detaillierte und insgesamt überzeugende Beschreibung der innerparteilichen Konfliktlage. Ihre Untersuchung lenkt den Blick auf Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf der Herrschaftsebene der DDR und fragt nach Handlungsspielräumen der SED-Führung. Die Autorin deckt unterschiedliche, zum Teil widersprüchliche Entwicklungen in der SED-Politik der 1960er Jahre auf. Diese erklärt sie vorrangig mit der Existenz und dem Wirken von zwei Flügeln innerhalb der SED-Führung, die immer wieder untereinander und in Wechselwirkung mit den politischen Interessen der sowjetischen Vormacht einen Konsens erzielen mussten.

Kaiser erkennt in der ersten Hälfte der 1960er Jahre vergleichsweise große innenpolitische Handlungsspielräume, die Walter Ulbricht nutzte, um sich an die Spitze einer »Reform des sozialistischen Systems sowjetischer Prägung von oben« zu setzen. Die Reformbemühungen richteten sich hauptsächlich auf den Bereich der Ökonomie und fanden im »Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft« (NÖS) ihren Niederschlag. Nach all dem, was wir über Ulbricht in den 1940er und 1950er Jahren und über seinen persönlichen Beitrag zur Installierung und zum Ausbau des stalinistischen Herrschaftssystems in der DDR wissen, muss es schon überraschen, wenn Kaiser den Generalsekretär in den 1960er Jahren nun als Reformvorführer vorstellt. Sie versucht das mit Aktenbelegen und durch Zeitzeugenbefragungen nachzuweisen. Ulbricht erscheint anders als in früheren Darstellungen, die ihn als starrsinnig und dogmatisch beschrieben, als relativ reformfreundlich, flexibel und für die Probleme der modernen Industriegesellschaft aufgeschlossen. Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus, vor allem durch den Abbau des Zentralismus und die Einführung der ökonomischen Leistungsanreize, sollten das System effizienter und die Wirtschaft mit Blick auf neue Anforderungen leistungsfähiger machen.

Die Frage, ob das von Ulbricht vertretene Wirtschaftskonzept tatsächlich als Bestandteil eines umfassenden gesellschaftlichen Reformprojekts gesehen werden kann, stellt sich für Kaiser nicht. Sie zeichnet detailliert Liberalisierungstendenzen in der Wirtschafts-, Jugend- und Kulturpolitik Ulbrichts nach und übersieht dabei zumeist den entscheidenden Makel, der den Reformbestrebungen anhaftete: Ein Ansatz zur politischen Liberalisierung, zu Reformen im Bereich der Herrschaftsausübung ist im Gegensatz zum »Prager Frühling« nicht zu erkennen. Sämtliche Überlegungen des Reformflügels zielten auf Herrschaftsstabilisierung bzw. Machterhalt, d.h. sie boten keine wirklichen Alternativen zum bestehenden stalinistischen System. Recht zweifelhaft ist auch die Aussage, dass sich das Selbstverständnis der SED in Richtung auf eine »Volkspartei« entwickelt habe. Die Re-

formkräfte um Ulbricht erkannten wohl durchaus die Grenzen des stalinistischen Gesellschaftsmodells und die Anforderungen an moderne Industriegesellschaften, scheiterten letztlich aber sowohl an mangelnder Konsequenz, insbesondere durch den Verzicht auf grundlegende Veränderungen im politischen System, als auch am fehlenden Willen, Struktur, Aufbau und Funktionsweise der SED insgesamt neu zu gestalten.

Kaiser nimmt für sich in Anspruch, eine Neubewertung der Politik und der Person Ulbrichts vorzunehmen. Diese Neubewertung, die in ihren Begründungen nur teilweise nachvollzogen werden kann, gipfelt in einer Umkehrung des traditionellen Ulbricht-Bildes. Galt Ulbricht noch bis Ende der 1980er Jahre in Ost und West als unverbesserlicher Dogmatiker, Reformfeind und Mann des Parteiapparates, so ist es nun Honecker, der mit Hilfe des Apparates den Reformprozess behinderte, unterlief und schließlich zu Fall brachte. Dem Reformflügel stand, will man der Darstellung Kaisers folgen, die »Reformbremsen« im Politbüro um Erich Honecker und Alfred Neumann gegenüber, die davon ausgingen, dass innergesellschaftliche Reformen ohne Machtgefährdung nicht möglich seien. Die von Kaiser vorgenommene zugespitzte Personalisierung unterschiedlicher Flügel der machtausübenden SED-Elite wird zwar empirisch ausreichend belegt. Ob sich die Gegensätze zwischen den Hauptvertretern Ulbricht und Honecker aber durch die von Kaiser konstatierte Existenz unterschiedlicher, ja miteinander konkurrierender Interessen innerhalb der SED-Führung definieren und so klar abgrenzen lassen, bleibt fraglich.

Schlüssig wird der Zusammenhang zwischen den Machtverschiebungen im Innern der DDR und den Machtveränderungen in der Sowjetunion nachgezeichnet. In der Amtszeit von Leonid Breschnew als sowjetischer Generalsekretär vergrößerten sich die Chancen der Reformgegner um Honecker, einen Machtwechsel an der Führungsspitze zu vollziehen. Kaiser stellt allerdings den Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker an den Endpunkt einer längerwährenden Entwicklung der sich seit Mitte der 1960er Jahre vollziehenden Machtkämpfe im Führungszirkel der SED. Die Ablösung Ulbrichts gelang mit sowjetischer Unterstützung nach Ansicht Kaisers vor allem deshalb, weil Honecker in vorausweisendem Gehorsam versprach, »national-abweichende, unerprobte oder experimentelle und daher potentiell systemgefährdende Gesellschaftsmodelle aufzugeben zugunsten des erneuten Einschwenkens auf das sowjetische Modell« (S. 461). Ob es allerdings die von Kaiser vermuteten sowjetischen Ängste, dass die Reformen Ulbrichts als Gesellschaftsmodell tatsächlich systemgefährdenden Charakter annehmen könnten, gegeben hat, darf durchaus bezweifelt werden.

Resümierend bleibt das Verdienst der Autorin, für die in der Forschung bislang vernachlässigten 1960er Jahre etwas Licht in die innerparteilichen Differenzen in Krisen- und Konfliktsituationen gebracht zu haben. Die zentralen Vorgänge in der Führungsspitze der SED und die damit verbundenen Interessenlagen verschiedener SED-Funktionäre sind damit etwas deutlicher geworden.

*Andreas Malycha, Berlin*

Hans Günter Hockerts (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, R. Oldenbourg Verlag, München 1998, 294 S., kart., 40 DM.

Hans Günter Hockerts erläutert als Herausgeber in seiner Einführung, dass die Weimarer Republik eine Reihe von sozialpolitischen Optionen und Ordnungsideen entwickelt habe, die vom Dritten Reich, der Bundesrepublik und der DDR in jeweils spezifischer Auswahl aufgegriffen und in besonderen Bahnen fortgeführt worden seien. Die